

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 08.05.2014
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 16:35 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Werner Bleker	Borken	Vertretung für Herrn Jörg von Borczyskowski
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Magdalene Garvert	Rhede	
Markus Krafczyk	Bocholt	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	Vertretung für Frau Silke Sommers
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	ab TOP 3, 16:40 Uhr
Heiko Nordholt	Gronau	Vertretung für Herrn Hans-Georg Fischer
Stephanie Pohl	Gescher	Vertretung für Herrn Eckart Ballenthin
Maja Saatkamp	Borken	Vertretung für Herrn Jens Steiner
Markus Schulte	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	ab TOP 3, 16:40 Uhr
Gertrud Welper	Vreden	

Gäste:

Volker Milk	Regierungsvizepräsident der Bezirksregierung Arnsberg
Werner Grigo	Hauptdezernent 61, Bezirksregierung Arnsberg
Dr. Manfred Inkmann	Geschäftsführer der SGW

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Hermann Paßlick	Ltd. Kreisrechtsdirektor
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Walter Alfert	
Karlheinz Gördes	

Markus Prangenberg
Michael Weitzell
Susanne Lökes
Katrin Gellenbeck
Simone Werk

bis TOP 6
zu TOP 12

Es fehlen entschuldigt:

Markus Jasper	Heek
Johannes Maus	Velen
Bernd Schöning	Stadtlohn

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Gäste der Bezirksregierung Arnsberg, Regierungsvizepräsident Volker Milk und Hauptdezernent des Dezernats 61, Werner Grigo, sowie den Geschäftsführer der Salzgewinnungsgesellschaft (SGW) Dr. Manfred Inkmann. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er stellt zudem Einvernehmen fest, unter Rücksichtnahme auf die eingeladenen Gäste die TOPs 4 und 5 vor den bisherigen TOPs 2 und 3 zu behandeln. Zudem wird die Tagesordnung einvernehmlich gemäß § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag wegen eines Personalwechsels in der Kreistagsgeschäftsstelle im öffentlichen Teil um den Punkt „Bestellung einer Schriftführerin für den Kreisausschuss“ erweitert. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Bestellung einer Schriftführerin für den Kreisausschuss
Vorlage: 0152/2014**

Beschluss: einstimmig

Kreisamtfrau Simone Werk wird als Nachfolgerin für Kreisamtfrau Kirsten Bertling zur Schriftführerin für den Kreisausschuss bestellt.

**Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung
am 13.02.2014**

Die SPD-Fraktion enthalte sich zur Niederschrift des TOP 14 – Anträge zur Weitergabe von Informationen, da sie diesen Punkt noch überprüfen werde, erklärt Kreisausschussmitglied Lindenhahn.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der vorherigen Sitzung am 13.02.2014 wird genehmigt.

**Punkt 3: Öl-Schadensfall in Gronau-Epe
Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 16.04.2014**

Landrat Dr. Zwicker weist eingangs auf die gemeinsame Sitzung des Umweltausschusses und des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung des Kreistags am 29.04.2014 hin. In dieser Sitzung sei bereits über die Situation in Gronau-Epe informiert worden. Alle Kreistagsmitglieder seien eingeladen worden an dieser Sitzung als Gäste teilzunehmen. Außerdem habe der Kreis den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in einer Sitzungsunterbrechung Gelegenheit gegeben, den anwesenden Vertretern der zuständigen Bezirksregierung Arnberg und der SGW Fragen zu stellen.

Die Vertreter der Bezirksregierung Arnberg, Regierungsvizepräsident Milk und Hauptdezernent Grigo, erläutern anhand eines Lageplanes mit Stand vom 08.05.2014 (Anlage 1) die Situation der Ölfundorte sowie die bisher erfolgten Arbeiten im Zusammenhang mit der Gefahrenabwehr und der intensiven Ursachenforschung. Dies seien derzeit die erforderlichen Arbeitsschritte, bevor dann Maßnahmen zur Sanierung durchgeführt und ggf. notwendige weitere Antworten auf sich noch ergebende Problemstellungen gefunden werden könnten. Eine Grundsatzdiskussion über die Sicherheit der Kavernenspeicherung im Salzgestein könne erst geführt werden, wenn die Ursache für das Leck und das Ausmaß des Schadens geklärt seien.

Neben den bisher bekannten Fundstellen seien keine weiteren Ölaustritte festgestellt worden. Die Arbeiten an der Dichtwand zur Verhinderung weiterer Rohölabströmungen verliefen planmäßig und auch die Bundeswehr unterstütze die Maßnahmen durch Bereitstellung eines speziellen Gerätes.

SGW-Geschäftsführer Dr. Inkmann betont, nach bisherigen Erkenntnissen seien Grund- und Trinkwasser durch die Ölausflüsse nicht verseucht.

Den Aufbau der Kaverne S5, in der sich vermutlich das Leck befinde, beschreiben die Vertreter der Bezirksregierung anhand einer Skizze (Anlage 2). Die Fehlersuche würde systematisch von der Erdoberfläche aus in Richtung der tieferen Schichten durchgeführt, um sukzessive mögliche Schadensquellen auszuschließen. In der nächsten Woche solle mithilfe einer sogenannten Work-Over-Anlage das innere Rohr aus der Gesamtrohrleitung herausgezogen werden, um danach durch Drucktests die Dichtigkeit des Kavernenrohres, das in die mehr als tausend Meter tief liegende Kaverne hinunterführt, abschnittsweise zu überprüfen.

Die Ölzuflüsse seien an allen Fundstellen stark rückläufig, erklärt Hauptdezernent Grigo. Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Ludwig nach den großen Unterschieden bei den Meldungen über das Volumen der ausgetretenen Ölmengen antwortet er, es handle sich dabei immer nur um die Wiedergabe des jeweils aktuellen Untersuchungsstandes. Nach näherer Analyse des abgepumpten Öl-Wasser-Gemischs betrage die Konzentration des Rohöls entgegen vorheriger Annahmen allerdings weniger als ein Prozent. Ein Anteil von 5 Kubikmetern Rohöl sei aus den bisher gesammelten 732 Kubikmetern Flüssigkeit extrahiert worden. Die Vertreter der Bezirksregierung und der SGW machen aber auch deutlich, diese Befunde ließen noch keine Rückschlüsse darauf zu, wie viel Öl sich noch im Erdreich befinde.

Letztlich könne man die aufgefangene Menge Rohöl und die Tonnen abgetragenen Bodens ermitteln, die Gesamtmenge ausgetretenen Öls werde sich allein schon aufgrund der Weitläufigkeit des Gebietes nicht feststellen lassen, führt Regierungsvizepräsident Milk aus.

In der anschließenden Aussprache unterstreichen SGW-Geschäftsführer Dr. Inkmann sowie die Vertreter der Bezirksregierung Grigo und Milk auf Nachfrage der Kreisausschussmitglieder Welper, Saatkamp, Garvert, Nordholt und Schulte es habe keine Ölfunde im FFH-Gebiet und in dem südlich angrenzenden Naturschutzgebiet gegeben. Die Fundstelle 2 befinde sich in einem kleinen Waldgebiet, das Teil eines mehrere hundert Hektar großen Vogelschutzgebietes sei. Unabhängig davon sind sich die Referenten einig, dass ein sensibler Naturraum

betroffen und die Schäden für die Umwelt immens seien. Zur Abwehr dieser Gefahren gebe es eine intensive Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden. Auch die betroffenen Landwirte und Pächter würden betreut und von der SGW finanziell entschädigt, erklärt Geschäftsführer Dr. Inkmann.

Die kontaminierten Böden würden zur Deponie nach Hünxe gebracht, berichtet Hauptdezernent Grigo. Die unbelasteten Böden würden in der Mutterbodendeponie gelagert, damit sie später wieder eingebaut werden könnten.

Befürchtungen einer Grundwasserstauung durch die derzeit errichtete Dichtwand räumt Hauptdezernent Grigo durch Erläuterungen der Wand anhand einer Schemaskizze (Anlage 3) aus. Das Grundwasser laufe wie bei einer typischen Drainage nach unten und werde von dort gesammelt weitergeleitet, sodass es weder zu einer Stauung noch zu einer Überschwemmung kommen werde.

Eine Korrosion des Rohrstranges der Kaverne im Erdreich sei bislang nicht festgestellt worden, machen die Vertreter der Bezirksregierung deutlich. Auch aus der Historie gebe es aufgrund des kathodischen Korrosionsschutzes keine gegenläufigen Erkenntnisse.

Für den Drucktest an der Kavernenverrohrung werde nach Entnahme des inneren und Reinigung des äußeren Rohres Sole, d.h. eine gesättigte Salz-Wasser-Lösung, durch die Rohrtour geleitet, erklärt Hauptdezernent Grigo.

Auf die Frage nach der Menge der abzutragenden Erdmasse sowie den geplanten Vorsichtsmaßnahmen an den Doppelrohrleitungen anderer Kavernen unterstreicht Regierungsvizepräsident Milk erneut, Fragen nach künftigen Szenarien seien berechtigt, könnten derzeit jedoch noch nicht beantwortet werden, da nicht feststehe, wo sich das Leck befinde. Zum jetzigen Zeitpunkt hätten folglich Ursachenforschung und Gefahrenabwehr die oberste Priorität. Hierfür würden alle verfügbaren Ressourcen eingesetzt.

Landrat Dr. Zwicker sowie die anwesenden Kreisausschussmitglieder danken den Gästen für die Teilnahme an den bisherigen Sitzungen und die Beantwortung ihrer Fragen. Landrat Dr. Zwicker betont, das Thema werde die Gremien des Kreises weiterhin beschäftigen und es werde weitere Antworten geben, sobald die Ursachen gefunden worden seien.

Punkt 4: Unkonventionelles Erdgas - Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis

**Punkt 4.1: Unkonventionelles Erdgas
Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 16.04.2014**

**Punkt 4.2: Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis Saxon 1 West - Entwurf der
Stellungnahme Kreis Borken
Vorlage: 0131/2014**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Alle Fraktionen bekunden Einigkeit beim Thema Fracking. Sie danken der Verwaltung für die umfangreiche Stellungnahme und sagen ihre Zustimmung zu.

Regierungsvizepräsident Milk als Vertreter der für diese Thematik zuständigen Bezirksregierung Arnsberg stellt wie bereits in der gemeinsamen Sitzung des AfSO und des AfU am 29.04.2014 die Bedeutsamkeit des Unterschiedes zwischen der derzeit in Frage stehenden „Aufsuchungserlaubnis“ und einer „Betriebsplanzulassung“ heraus. Auf die Erteilung der „Aufsuchungserlaubnis“ hätten die Unternehmen nach aktueller Rechtsauffassung der Bezirksregierung Arnsberg einen Anspruch, sofern sie die Voraussetzungen des Bundesberggesetzes (BBergG) erfüllten. Diese erteile jedoch lediglich einen Konkurrentenschutz und keine Zulassung für Fracking. Eine „Betriebsplanzulassung“, also eine tatsächliche Fracking-

genehmigung, werde es durch die Bezirksregierung solange nicht geben, bis erwiesen sei, dass durch die Frackingflüssigkeiten das Grund- und Trinkwasser nicht belastet werde. Aufgrund der folglich gebundenen Entscheidung müsse die Bezirksregierung die Aufsuchungserlaubnis trotz einer ablehnenden Stellungnahme des Kreises verlängern.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Ludwig erklärt Regierungsvizepräsident Milk, bei der „Betriebsplanzulassung“ handle es sich um eine Ermessensentscheidung. Auch wenn künftig chemiefreies Fracking möglich werde, müssten weitere entgegenstehende öffentliche Interessen, etwa der Flächen- und Gewässerverbrauch, sowie die Entsorgungsproblematik, geprüft werden.

Fraktionsübergreifend wird von den Kreisausschussmitgliedern die fehlende Beteiligungsmöglichkeit der betroffenen Kreise hinsichtlich des Genehmigungsverfahrens kritisiert. Eine Änderung des BBergG sei gemeinsames Ziel der Fraktionen.

Regierungsvizepräsident Milk teilt mit, bereits im Jahr 2011 sei eine Änderung des Bergrechtes angeregt worden. Zudem beteilige die Bezirksregierung den Kreis derzeit bereits überobligatorisch, obwohl dies rechtlich bisher gar nicht notwendig sei. Die Position der Bezirksregierung Arnsberg sowie ein Landesgutachten zu diesem Thema könnten auf der Internetseite der Bezirksregierung abgerufen werden.

Landrat Dr. Zwicker lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen. Aufgrund des bereits eingegangenen Folgeantrages der ExxonMobil Production Deutschland GmbH ergänzt er den Beschlussvorschlag um den Zusatz, dass entsprechende künftige Anträge mit einer gleichlautenden Stellungnahme beantwortet würden.

Beschluss: einstimmig

Dem Entwurf der Stellungnahme zur Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis zum Aufsuchungsfeld „Saxon 1 West“ wird zugestimmt.

Für den zur Beteiligung vorliegenden Antrag auf Verlängerung der Aufsuchungserlaubnis in dem Feld „Nordrhein-Westfalen Nord“ sowie ggf. entsprechende weitere Anträge wird eine gleichlautende ablehnende Stellungnahme verfasst.

Punkt 5: Regionale 2016 - Aktueller Sachstand
Vorlage: 0114/2014

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Lindenhahn erklärt Landrat Dr. Zwicker mit Verweis auf die Vorlage, die Überführung des Projektes „Hybride Wertschöpfung im Zukunftsland“ aus der Qualifizierungsstufe C direkt in den A-Status sei aufgrund der zwischenzeitlich erreichten Umsetzungsreife zur Beantragung der notwendigen Fördermitteln erforderlich gewesen.

Der Sachstand zur Regionale 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6: Kulturhistorisches Zentrum Westmünsterland - Aktueller Sachstand
Vorlage: 0092/2014

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker
Kreisdirektor Dr. Hörster

Der Sachstand zum Kulturhistorischen Zentrum Westmünsterland wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7: Genehmigung einer Dienstreise zur "Internationalen Tourismus Börse" (ITB) am 05./06.03.2014 in Berlin
Vorlage: 0071/2014

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss genehmigt nachträglich die Dienstreise der Kreistagsabgeordneten Silke Sommers, zur "ITB" am 05./06.03.2014 in Berlin.

Punkt 8: Wiedereinrichtung einer Fachschule für Ernährung und Hauswirtschaft am Berufskolleg Bocholt-West
Vorlage: 0081/2014

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

In der Beratungsfolge zu dieser Vorlage müsse die Sitzung des Kreisausschusses am 03.07.2014 gestrichen werden, da die Vorberatung des Kreisausschusses für die Kreistags-sitzung am 03.07.2014 bereits heute erfolge, stellt Kreisdirektor Dr. Hörster auf Anfrage von Kreisausschussmitglied Lindenhahn klar.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Vorbehaltlich der schulaufsichtlichen Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster wird am Berufskolleg Bocholt-West zum Schuljahr 2014/2015 eine Fachschule für Ernährung und Hauswirtschaft nach Anlage E zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg eingerichtet.

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 10: Anfragen

Punkt 10.1: Novellierung des Bergrechts

Auf den Vorschlag von Kreisausschussmitglied Nordholt, zusätzlich zur Stellungnahme der Verwaltung eine gemeinsame Resolution aller Kreistagsfraktionen zur Novellierung des Bergrechts zu verfassen, macht Landrat Dr. Zwicker deutlich, dass diese Anfrage an die anderen Fraktionen, nicht an die Verwaltung zu richten sei. Er gibt zu Bedenken, dass neben der Position der Bundes- auch der Standpunkt der Landesregierung zu diesem Thema wegen der Mitwirkung des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren von Bedeutung sei.

Kreisausschussmitglied Schulte erkundigt sich, ob die Verwaltung der Politik zunächst die bereits eingereichten Vorschläge der Bezirksregierung Arnsberg zur Änderung des Bergrechtes vorstellen könne. Anschließend könnten die Fraktionen sich über ihre Standpunkte und die Notwendigkeit einer Resolution verständigen. Landrat Dr. Zwicker sagt zu, dass die

Verwaltung die Änderungen des Bergrechts in der nächsten Umweltausschusssitzung vorstellen werde. Hierzu werde ein Vertreter der Bezirksregierung Arnberg eingeladen.

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.

Dr. Kai Zwicker

gez.

Katrin Gellenbeck